



Vorlage Nr. 2016-2021/434	Status: öffentlich
Zuständigkeit: Bürgermeister	AZ: 550501.03-004/000
	Datum: 17.05.2021
	Verfasser: Astrid Kettler

**Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen-Gruppe den
"Niedersächsischen Weg" auch in Elze umzusetzen.**

Beratungsfolge:		
gepl. Termin	Gremium	Zuständigkeit
14.07.2021	Rat der Stadt Elze	Entscheidung

	Ortschaft	Beteiligung erforderlich	Beteiligung nicht erforderlich
Ortsvorsteher	Entfällt		x
Inklusionsbeirat	Entfällt		x
Gleichstellungsbeauftragte	Entfällt		x

Haushaltsrechtliche Auswirkungen:
noch keine

Rechtsgrundlage:
NKomVG

Beschlussvorschlag:
Ein Beschlussvorschlag wird nicht unterbreitet.

Sachverhalt:

Die Bündnis 90 /Die Grünen Gruppe hat den in der Anlage aufgeführten Antrag gestellt.

Anlage/n:
Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen den „Niedersächsischen Weg“ auch in Elze umzusetzen.

Bündnis 90/ Die Grünen
Heike Weile
Wittenburger Straße 52
31008 Elze

Elze, den 10.5.2021

An den Bürgermeister
Und den Rat der Stadt Elze
Hauptstr. 61
31008 Elze

Eingang Stadt Elze			
17. Mai 2021			
			b.R.
Bgm	FB 1	FB 2	Verw. St.

nachrichtlich: Herrn Werner Jünemann
Herrn Rathmer
Herrn Schulte Schüren
Herrn Rinne

jeweils per E-Mail

Den „Niedersächsischen Weg“ auch in Elze umsetzen

Sehr geehrter Herr Schurmann,
sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit möchten wir folgenden Antrag stellen:

Im Herbst 2020 haben sich die Niedersächsische Landesregierung, der Landvolkverband Niedersachsen, die Landwirtschaftskammer Niedersachsen und die Umweltverbände BUND und NABU auf ein umfassendes Maßnahmenpaket zum Natur- und Artenschutz in Niedersachsen verständigt. Mit dem sog. „Niedersächsischen Weg“ soll ein Teil der Ziele des im Mai 2020 offiziell gestarteten Volksbegehrens „Artenvielfalt. Jetzt!“ umgesetzt werden, das in der ersten Phase bereits 162.530 Unterschriften gesammelt hatte. Die Vereinbarung zum „Niedersächsischen Weg“ wurde am 29.10.2020 von den genannten Vertragspartnern offiziell vorgestellt, die vereinbarten Änderungen des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz, des Niedersächsischen Wassergesetzes und des Niedersächsischen Waldgesetzes sind am 11.11. 2020 in Kraft getreten.

Neben den unterzeichnenden Landnutzer- und Umweltverbänden werden die Ziele des Niedersächsischen Weges unter anderem von allen Fraktionen des Niedersächsischen Landtages, von beiden christlichen Kirchen, von den Landfrauen, der Landjugend und weiteren Verbänden unterstützt.

Der Rat der Stadt Elze möge beschließen:

Auch die Stadt Elze trägt aktiv zur Umsetzung der Ziele des Niedersächsischen Weges bei:

1. Dazu verpachtet die Stadt ihre landwirtschaftlichen Nutzflächen unter der Maßgabe der Einhaltung der einschlägigen Bewirtschaftungsaufgaben des Ökologischen Landbaus. Dies soll für Neu- oder Wiederverpachtung gelten. Dabei sind die Bewirtschaftungsaufgaben auf den kommunalen Flächen auch dann einzuhalten, wenn der Pächter auf seinen sonstigen Flächen konventionell wirtschaftet. Ausnahmen bedürfen der Begründung und des Beschlusses des Verwaltungsausschusses.

2. Die Stadt sorgt dafür, dass die Vorgaben für die Bewirtschaftung von Landeswald nach § 15 Abs. 4 des Nds. Waldgesetzes für die Waldflächen im Eigentum der Elze angewendet werden. Das umfasst insbesondere die Bewirtschaftung nach dem im niedersächsischen Landeswald geltenden Programm zur „Langfristigen Ökologischen Waldentwicklung“ (LÖWE). Im Sinne des Natur- und Klimaschutzes weitergehende Bewirtschaftungsstandards bleiben davon unberührt. Darüber hinaus dürfen ausschließlich einheimische Bäume gepflanzt werden. Wenn möglich wird auf Naturverjüngung gesetzt.
3. Die Stadt Elze meldet sämtliche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung festgesetzten Kompensationsmaßnahmen nach § 1a Abs. 3 BauGB an die zuständige Untere Naturschutzbehörde und bittet die Untere Naturschutzbehörde, diese in das Kompensationskataster nach § 7 Abs. 1 NAGBNatSchG aufzunehmen.
4. Die Stadt Elze erarbeitet bis zum Jahr 2024 ein Biotopverbundkonzept, in dem vor allem die linienhaften Strukturen wie Hecken, Saumstrukturen an Wegen und Gewässern und Baumreihen als auch Feldgehölze, Wälder und Waldränder als Elemente des Biotopverbundes dargestellt, ausgebaut und wirksam geschützt werden.

Begründung:

Die Vorteile des Ökologischen Landbaus für den Natur- Arten- und Klimaschutz sind durch zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen belegt. Niedersachsens Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast bezeichnet den Ökologischen Landbau daher als „einen der wichtigsten Bausteine des Niedersächsischen Weges.“ Die genannten Vertragspartner des Niedersächsischen Weges haben sich daher dem gemeinsamen Ziel verschrieben, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche bis zum Jahr 2025 auf 10% und bis zum Jahr 2030 auf 15% zu erhöhen. Zur Erreichung dieses Zieles soll unter anderem die Selbstverpflichtung des Landes dienen, Domänenflächen im Landeseigentum bei Neuverpachtung oder Auslaufen bestehender Pachtverträge grundsätzlich unter der Maßgabe „Bewirtschaftung nach den Kriterien des Ökologischen Landbaus“ neu bzw. weiter zu verpachten. Diesem Vorgehen sollte sich auch die Stadt Elze anschließen.

Im Rahmen der Übereinkunft zum Niedersächsischen Weg wurden die Vorgaben für die Bewirtschaftung von Landeswäldern unter den Aspekten Klimaschutz und Naturschutz/Artenschutz präzisiert. Das Programm zur Langfristigen Ökologischen Waldentwicklung (LÖWE), das schon seit 1991 Grundlage der Bewirtschaftung der landeseigenen Wälder ist, wurde überarbeitet und im Nds. Waldgesetz als verbindlich für die Landeswälder erklärt. Dabei soll auf Kahlschläge und ganzflächige Bodenbearbeitung verzichtet und die Verjüngung des Waldes grundsätzlich über Naturverjüngung realisiert werden. Darüber hinaus ist für Landeswälder der Anteil alter Bäume festgeschrieben worden. Die Vorgaben für den Landeswald sollten im Sinne einer Vorbildfunktion öffentlicher Wälder auch im kommunalen Wald Mindeststandard sein. Bereits geltende weitergehende Auflagen bleiben davon unberührt.

Nach § 7 Abs. 1 NAGBNatSchG führen die Unteren Naturschutzbehörden ein Verzeichnis der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft, das der Öffentlichkeit durch Veröffentlichung im Internet zugänglich sein soll. Bisher sind die im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung festgesetzten Kompensationsmaßnahmen nicht Bestandteil des Kompensationsflächenkatasters. Im Rahmen des Niedersächsischen Weges wird eine Einbeziehung der im Rahmen der Bauleitplanung erforderlichen Kompensationsmaßnahmen in das Kompensationskataster angestrebt – es wurde vereinbart, sich auf Bundesebene für die dafür erforderliche Änderung des Baugesetzbuches einzusetzen. Dessen ungeachtet sollte die Stadt/ Gemeinde jedoch bereits von sich aus die Aufnahme der im Rahmen ihrer Bauleitplanung festgesetzten Kompensationsmaßnahmen in das Kompensationskataster des Landkreises anstreben.

Gemäß des im Rahmen der jüngsten Novelle des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz eingefügten § 13a soll der Biotopverbund in Niedersachsen über die bereits im § 20 des Bundesnaturschutzgesetzes hinaus festgesetzten 10% der Landesfläche für den Biotopverbund weitere 5% der Landesfläche (= insgesamt 15% der Landesfläche) einnehmen. Ferner wurde festgesetzt, dass der Biotopverbund 10% des Offenlandes ausmachen soll. Neben den vom Landkreis ausgewiesenen flächenhaften Strukturen des Biotopverbundes wie Naturschutzgebiete, Biosphärenreservate etc. umfasst der Biotopverbund als Verbundelemente auch die in Nr. 5 dieses Antrags genannten linienhaften Strukturen. Diese sollten im Rahmen der kommunalen Landschaftsplanung dargestellt und „als Geschützte Landschaftsbestandteile“ nach § 22 Abs. 1 ausgewiesen werden.

15.5.21

Wiel